

Klagen des Reichstags-Ausschusses.

Bertagung der Beratung über Ernährungsfragen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages trat heute vormittag zusammen, um mit der Beratung der Fragen der Volksernährung zu beginnen. Er vertagte diese Beratungen aber, weil augenblicklich ein Staatssekretär des Innern fehlt.

Von der Fortschrittlichen Volkspartei wurde Bertagung beantragt, weil die Beratung doch nicht den vollen Nutzen haben könne, den sie eigentlich haben müßte, da im Augenblick, nachdem Staatssekretär Dr. Delbrück leider aus Gesundheitsrücksichten habe zurücktreten müssen, kein verantwortlicher Mann der Regierung in der Kommission anwesend sei, der Rede und Antwort stehen könnte. Die sozialdemokratische Fraktion und die Nationalliberalen schlossen sich diesem Antrag an. Die konservative Partei regte an, ob es nicht richtig wäre, doch schon heute zu einigen Einzelfragen Stellung zu nehmen. Das Zentrum glaubte, daß man doch heute schon das Material der Regierung über getroffene Anordnungen und ihre Auskunfts über den Bestand usw. usw. entgegennehmen könnte. Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärte, daß er im Augenblick nicht in der Lage sei, irgendwelche Auskunft über die beabsichtigte Neuorganisation zu geben, es schwebten Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen seien. Das, was die Presse über die Gestaltung der Neuorganisation und über die Personenfragen bisher mitgeteilt hat, erklärt der Unterstaatssekretär durchaus für Kombinationen.

Darauf bittet das Zentrum um Auskunft, wann denn wohl diese Mitteilungen gemacht werden könnten. Es sei zu befürchten, daß auch der neue verantwortliche Leiter des Reichsamts des Innern nicht sofort in der Lage sein werde, das tun zu können. Ein anderer Vertreter des Zentrums erklärt es für wünschenswert, die Neuorganisation und mindestens das Programm der Regierung zu kennen, bevor weiterberaten werde.

Es wurden Klagen darüber geäußert, daß über diese Neuorganisation in der Presse Mitteilungen gemacht werden, die doch nicht ohne Zustimmung der Regierung erschienen seien, daß aber der

Reichstag vollkommen im Unklaren

gelassen werde und keinerlei Auskunft erhalte. Der Unterstaatssekretär erwiderte, keine Auskunft darüber geben zu können, wie die Erörterungen in die Presse gelangt seien.

Ein konservativer Abgeordneter würde es für zweckmäßig halten, schon heute über die bevorstehende Organisation sich auszusprechen. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft erklärte, die bisherigen Erfahrungen ließen nicht hoffen, daß die Erörterungen des Ausschusses Einfluß auf die Entschlüsse der Regierung üben könnten. Wenn der Regierungsvertreter sagen könne, daß er die Wünsche des Ausschusses übermitteln und daß ihnen auch Rechnung getragen würde, so könnte es einen Zweck haben, zu verhandeln. So, wie die Dinge aber lägen, schlage er vor, daß die Kommission sich jetzt vertagen möge, schon, um zu zeigen, daß die Kommission und der Reichstag sich nicht ausschalten lassen wollen. Inzwischen war ein Antrag des Zentrums eingegangen:

Die Kommission wolle die Erwartung aussprechen, daß der Kommission vor der Aenderung der Organisation der Lebensmittelversorgung Gelegenheit zur Äußerung gegeben werde.

Die Fortschrittliche Volkspartei erklärte sich für diesen Antrag. Wenn der Unterstaatssekretär erklärt habe, daß der Beirat so gewürdigt sei, wie es ihm zukomme, so stimme das doch eigentlich nur formell, denn in der Sache habe man sich darüber beklagt, daß die Vorschläge, die im Beirat gemacht wurden, keine Befolgung fanden. Ebenso sei zu bedauern, daß in der Presse Dinge über die Ernährungsfragen erörtert werden, zweifellos mit Zustimmung der Regierung, bevor der Beirat noch Kenntnis von diesen Sachen habe. Ein Nationalliberaler schlägt vor, schon jetzt allgemeine Richtlinien dem Ausschuss anzugeben, bevor die Neuorganisation fertig sei. Das Zentrum hebt hervor, daß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes der Bundesrat zweifellos berechtigt sei, Verordnungen zu erlassen, ohne vorher den Reichstag zu hören. Nach den gemachten Erfahrungen wäre aber in Erwägung zu ziehen, ob der Reichstag sich nicht veranlaßt und verpflichtet fühlen könnte, die im August 1914 erteilte Vollmacht zurückzunehmen. Nicht bloß dem Beirat, sondern auch dem Reichstag und seinem Ausschuss sollte rechtzeitig Aufschluß darüber gegeben werden, was geplant sei.

Eine Resolution Dr. Pfleger (Str.)—Ebert (Soz.) will die verbündeten Regierungen ersuchen, dem Ausschuss möglichst bald genaue Aufstellungen über Größe und Deckung des Bedarfs in den einzelnen Lebensmitteln für Heer und Marine in den einzelnen Monaten seit Kriegsbeginn, über Resultate der verschiedenen Erhebungen über Inlandsvorräte, über geschäftliche Ergebnisse der verschiedenen Kriegsgesellschaften, Umsätze, Vergütungen der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder Auskunft zu geben, weiter über die in einzelnen Kreisen, Bezirken und Bundesstaaten bestehenden Ausfuhrverbote, über die in den einzelnen Bundesstaaten getroffenen Maßnahmen zur Fleischversorgung, über die Zahlen der Einfuhr und Ausfuhr nach Monaten, Ländern und Gegenständen.

Der Unterstaatssekretär hebt hervor, daß nicht bloß in der Form, sondern auch in der Sache die Vorschläge des Beirates so gewürdigt worden seien, wie er es beanspruchen könne. Den Zentrumsantrag werde er dem Bundesrat übermitteln, zu Bedenken gebe er ihm keinen Anlaß. — Ein Konservativer hebt hervor, daß zweifellos der Reichstag, nachdem er dem Bundesrat die Ermächtigung erteilt habe, kein Recht habe, vorher von geplanten Verordnungen unterrichtet zu werden. Dem Beirat sei bei der Kartoffelfrage immer vorher Gelegenheit gegeben worden, seine Wünsche zu äußern. Gegen den Zentrumsantrag bestehen nach seiner Meinung doch Bedenken, denn das Wort „Erwartung“ schließe gewissermaßen die Voraussetzung der Anrechts in sich. Spezialfragen könnten heute wohl behandelt werden. Ein Zentrumsmitglied führt aus, daß die Art und Weise, wie der Reichstag behandelt wurde, nicht die richtige

Wertschätzung der parlamentarischen Mitarbeit

erkennen lasse. Dem schließt sich der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an, der Beirat, so wie er geworden sei, entspreche nicht dem Beschluß des Reichstages. Gedacht gewesen wäre eine gemeinsame Arbeit von Beirat und Regierung. Beschämend sei es, wenn der Reichstag so behandelt werde, wie geschehen, und wenn er erst aus der Presse erfahre, was die Regierung von langer Hand vorbereitet habe. Die Kommission müsse sich jetzt vertagen. Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion weist darauf hin, daß in der Kartoffelfrage eine Verordnung ergangen sei, die dem Beschluß des Beirates direkt entgegengesetzt war.

Entgegen den Ausführungen eines konservativen Redners, wonach es nicht angängig wäre, daß der Beirat in unfertige Pläne der Regierung eingeweiht werde, erklärte ein Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, daß der Beirat nur dann einen Sinn habe, wenn er in unfertige Pläne eingeweiht werde, denn sonst stehe er vor vollendeten Tatsachen und seine Beratungen hätten dann nur akademischen Wert. Der Reichstag könne damit nicht einverstanden sein, und der Antrag Gröber überschreite auch nicht seine Befugnisse. Es sei unumgänglich notwendig, daß der neue verantwortliche Leiter des Reichsamts des Innern in der Kommission anwesend sei, um ihre Wünsche entgegenzunehmen. Der Unterstaatssekretär

trägt Bedenken, ob die in dem Antrag Pfleger gewünschten Auskünfte in diesem Umfang gegeben werden könnten. Er zweifelt, daß das Kriegsministerium in der Lage und bereit sein werde, so weitgehende Auskünfte zu erteilen.

Das Zentrum erwidert, daß diese Auskünfte absolut erforderlich seien als Grundlagen der Beratung über Organisation und Berteilung.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter regt noch an, die Protokolle der Ausschussberatungen den Mitgliedern des Hauses gedruckt zugänglich zu machen, ein schriftlicher Bericht könne dann vielleicht entbehrt werden, doch könne man darüber noch später verhandeln. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß in einer früheren Session des Reichstages aus technischen Gründen die sonst übliche Drucklegung der Protokolle unterblieben sei. Ein Zentrumsredner meint, daß diese Anregung vielleicht doch im Interesse der Vertraulichkeit abzulehnen sei.

Nach weiteren Erörterungen wird die Abstimmung über die Anregung auf Drucklegung der Protokolle einstweilen ausgesetzt, da erst die technischen Schwierigkeiten geprüft werden sollen, ebenso über die Frage, ob schriftlicher oder mündlicher Bericht an das Plenum erstattet werden soll.

Die Anträge des Zentrums, inbegriffen die Resolution Pfleger-Ebert und ebenso der fortschrittliche Bertagungsantrag, werden angenommen. Der Ausschuss vertagt sich auf Mittwoch vormittag: Petitionen zur Zensurfrage und, wenn der Reichschatzsekretär sich damit einverstanden erklärt, zweite Lesung des Kriegsgewinnsteuergesetzes.